



Niedersachsen-Echo

Nachrichten und Informationen aus dem Landesverband

AKTUELLES

SoVD im Landesbehindertenbeirat vertreten

BERATUNG

Welche Änderungen bringt die Pflegereform 2008?

INTEG

Landesjugendkonferenz bestimmt Vorsitz neu

AKTUELL

SoVD Niedersachsen erhält Sitz im Landesbehindertenbeirat

Barrieren im öffentlichen Raum abbauen



Der neu konstituierte Landesbehindertenbeirat mit der Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit Mechthild Ross-Luttmann, der Staatssekretärin Dr. Christine Hawighorst und dem niedersächsischen Landesbehindertenbeauftragten Karl Finke.

Der neu ins Leben gerufene Niedersächsische Landesbehindertenbeirat ist am 7. April 2008 in Hannover zu seiner ersten Sitzung zusammengekommen. Im Behindertenbeirat, einem Zusammenschluss von Wohlfahrtsverbänden, Tarifpartnern und den kommunalen Spitzenverbänden, ist auch der SoVD Niedersachsen durch Landesgeschäftsführer Dirk Swinke vertreten. Das Niedersächsische Echo sprach mit ihm über die Aufgaben des Behindertenbeirates.

Niedersachsen-Echo (NE): Herr Swinke, wie ist es zur Bildung des Rates gekommen?

Dirk Swinke (DS): Das Niedersächsische Behindertengleichstellungsgesetz (NBGG), für das wir vom SoVD Niedersachsen uns im Rahmen eines Aktionsbündnisses so lange federführend und – wie die Verabschiedung des Gesetzes beweist – erfolgreich stark gemacht haben, sieht im Paragraph zwölf die Bildung eines Landesbeirates für Menschen mit Behinderungen vor.

NE: Welches sind die vordringlichsten Aufgaben des Landesbehindertenbeirates?

DS: Das Gremium wird den Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung, Karl Finke, bei der Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes unterstützen. Es geht also darum, die Forderungen des NBGG im Lebensalltag zu verwirklichen. Behinderte Frauen und Männer sollen die gleichen Lebenschancen erhalten wie Menschen ohne Behinderung und ein weitgehend selbstbestimmtes Leben führen können. Darauf liegt der Fokus, das ist letztendlich das übergeordnete Ziel des Gleichstellungsgesetzes.

NE: Das ist ja ein umfassender Prozess. Was ist zu tun, damit das Ziel erreicht wird?

DS: Nun, zum einen sollen negative Faktoren wie Diskriminierung ausgeschlossen werden. Das kann aber nur ein erster Schritt sein. Ganz entscheidend ist es, zum anderen auch positive Maßnahmen gegen Benachteiligungen zu ergreifen.

NE: Es sollen also aktiv Barrieren abgebaut werden.

DS: Ganz genau. Es geht dabei zum Beispiel um die Möglichkeit zur barrierefreien Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln. Hinzu kommen selbstverständlich die Anforderungen in baulicher Hinsicht – es ist unerlässlich, dass öffentliche Gebäude, Verwaltungen und Schulen für jeden zugänglich und behindertengerecht ausgestattet sind. Gehörlose oder erblinde Menschen müssen die Möglichkeit haben, über die Gebäudesprache zu kommunizieren. Sie dürfen nicht von einem selbständigen Leben abgehalten werden, weil bei öffentlichen Stellen geeignete Ansprechpartner oder Dolmetscher fehlen. Gleiches gilt natürlich ebenfalls für Formulare oder Bescheide, die blinden oder sehbehinderten Menschen über geeignete Kommunikationshilfen zugänglich gemacht werden sollen.

NE: Um auf die baulichen Maßnahmen und den öffentlichen Verkehr zurückzukommen: Was sieht das Gesetz in diesen Bereichen vor?

DS: Neubauten für öffentliche Stellen sollen grundsätzlich barrierefrei gestaltet werden. Dasselbe gilt mit – hoffentlich wenigen – Ausnahmen auch für Umbau- oder Erweiterungs-

maßnahmen. Doch nicht nur Gebäude, auch öffentliche Wege, Plätze, Straßen und nicht zuletzt Verkehrsmittel sowie die dazugehörigen Anlagen wie Haltestellen sollen wirklich für jeden Menschen, ob mit oder ohne Behinderung, benutzbar sein. An dieser Stelle bringt sich der SoVD ja durch seinen Beauftragten für Barrierefreiheit, Bernd Skoda, ganz konkret und praktisch mit ein und stellt die Einhaltung der Kriterien für Barrierefreiheit sicher.

NE: Von einer solchen barrierefreien Umgestaltung des öffentlichen Raumes profitieren also auch Menschen, die nicht primär unter das Gleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderungen fallen?

DS: Das ist eines von vielen guten Argumenten, die für dieses Gesetz und für seine rasche Umsetzung sprechen. Nicht zuletzt deshalb ist es dem SoVD Niedersachsen so wichtig, bei diesen Prozessen mit eingebunden zu sein und die Möglichkeit zur Mitgestaltung zu haben. Schließlich dienen die Maßnahmen allen, die – vorübergehend oder dauerhaft – in irgendeiner Form Einschränkungen ihrer Mobilität oder ihrer Gesundheit hinnehmen müssen, also einer sehr breiten Masse. Auch Senioren oder Familien mit Kindern profitieren beispielsweise von Rampen oder Aufzügen. Das gilt im Übrigen auch für verständliche Formulare und Vordrucke sowie barrierefreie Internetauftritte, die ebenfalls sichergestellt werden sollen.

NE: Herr Swinke, wir wünschen Ihnen für Ihr Mitwirken im Landesbehindertenbeirat viel Erfolg und bedanken uns für dieses Gespräch.

SoVD kritisiert Rückzug der Post

Verantwortung für die Fläche

In Niedersachsen hat die Deutsche Post AG vielerorts die eigenbetriebenen Filialen aufgegeben und in Postagenturen umgewandelt. Nun scheint sich der Trend zum Abbau von Dienstleistungen fortzusetzen. „Die Post darf sich jedoch aus ihrer Verantwortung für die Fläche nicht herausziehen“, fordert der SoVD-Landesvorsitzende Adolf Bauer.

„Die Umstrukturierung der Post hat ohnehin den Service erheblich eingeschränkt: Weniger Filialen und weniger Briefkästen bedeuten längere Wege und Wartezeiten für die Kunden“, sagt Bauer. Viele Postagenturen liegen am äußersten Rand der Ortschaft und sind nur schwer zu erreichen. Nach Angaben der Deutschen Post AG soll zudem das Leistungsangebot der Postbank künftig nur noch in ausgewählten Postfilialen zur Verfügung stehen. „Offenbar entfernt sich die Postagentur nicht nur räumlich von den Kunden“, kritisiert Landesvorsitzender Bauer. Der SoVD Niedersachsen fordert,



Landesvorsitzender Adolf Bauer

dass die Deutsche Post AG ihrem Kundenkreis gerade im Zuge des demografischen Wandels ein bedürfnisorientiertes Leistungsangebot flächendeckend bereitstellt. „Es darf nicht sein, dass älteren Menschen und anderen mobilitätseingeschränkten Personen und Familien das Leistungsangebot der Post durch weite Wege verwehrt wird“, so Bauer.

6. Landesjugendkonferenz der integ

Vorstand neu gewählt

Alle zwei Jahre wählt die integ Niedersachsen einen neuen Landesjugendvorstand. In der Jugendherberge Hannover fand vom 28. bis 30. März 2008 die 6. Landesjugendkonferenz statt, an der 25 Delegierte sowie Gastdelegierte und Gäste teilnahmen. Die diesjährige Konferenz stand unter dem Motto „Integration – Wir sind da, wo ihr uns braucht!“

Zum 1. Landesjugendvorsitzenden wurde erneut Thomas Harms aus Uelzen gewählt, seine Stellvertreter sind Claudia Grottko aus Soltau-Fallingb. und Lutz Vahldiek aus Peine. Uwe Jäckel (Celle) ist Landesjugendschatzmeister, Petra Franz (Hannover-Land) Lan-

desjugendschriftführerin. Beisitzer sind Markus Dreher (Rotenburg/Wümme), Katja Krüger (Uelzen), Thomas Schröder (Uelzen), Bianca Müller (Peine), André Friedrich (Hildesheim) und Sönke Franz (Cuxhaven). Das Amt der Revisoren haben in der folgenden Amtsperiode Andy Domogalski (Cuxhaven), Uwe Holst (Uelzen), Björn Glaser (Celle), Mustafa Al-Zein (Gifhorn) inne. Die Arbeit des Vorstands wird durch drei Ausschüsse unterstützt: Die Arbeitsgruppe Jugend und Soziales, die Arbeitsgruppe Freizeit, Seminare, Kultur und die Arbeitsgruppe Administration. Mehr zur Landesjugendkonferenz auf Seite 3.



Landesjugendvorstand um den Vorsitzenden Thomas Harms (re.).